

Bagdad im Jahr Null

Das Scheitern der neokonservativen Utopie

Von Naomi Klein

Ich war schon einen ganzen Monat in Bagdad, da fand ich endlich, wonach ich gesucht hatte. Eigentlich hätte der Irak, ein Jahr nach Kriegsbeginn, mitten in einem gewaltigen Bauboom stecken sollen. Aber trotz wochenlanger Suche hatte ich zwar Panzer und Militärfahrzeuge, aber noch keine einzige Baumaschine entdeckt. Dann sah ich ihn: einen Kran. Er war groß und gelb und eindrucksvoll, und als ich in einer belebten Einkaufsgegend um die Ecke bog und den Baukran sah, dachte ich, da hätte ich endlich ein Stück von dem Aufbau vor mir, über den ich so viel gehört hatte. Aber im Näherkommen bemerkte ich, dass der Kran überhaupt nichts wiederaufbaute – keines der ausgebombten Regierungsgebäude, die überall in der Stadt noch in Trümmern lagen, und auch keine der vielen Stromleitungen, die immer noch nichts weiter als verschlungene Kabelhaufen waren, obwohl es bereits sommerlich heiß wurde. Nein, der Kran hievte nur ein gewaltiges Reklameschild auf ein dreistöckiges Haus. SUNBULAH HONIG: 100 % NATUR, made in Saudi-Arabia.

Beim Anblick des Schildes erinnerte ich mich unwillkürlich an einen Ausspruch, den Senator John McCain in vergangenen Oktober getan hatte. Der Irak ist „ein riesiger Honigtopf, der eine Menge Fliegen anlockt“, sagte er damals. Mit den Fliegen meinte McCain die Halliburtons, die Bechtels und die Spekulanten, die in den Irak strömten, nachdem ihnen Bradley-Kampffahrzeuge und lasergesteuerte Bomben den Weg gebahnt hatten. Und der Honig, der sie anzog, das waren nicht nur ausschreibungsfreie Aufträge und der sagenhafte Ölreichtum des Irak, es waren die unzähligen Investitionschancen in einem gerade aufgeknackten, weit geöffneten Land – nach jahrzehntelanger Abschottung, erst durch die nationalistische Wirtschaftspolitik Saddam Husseins und dann die erstickenden UN-Sanktionen.

Der Anblick der Honigreklame erinnerte mich auch an die gängigste Erklärung für alles, was im Irak schiefging, ein Klagelied, dessen Echo wir von John Kerry bis Pat Buchanan hören: Der Irak versinkt in Blut und Kriminalität, weil George W. Bush keinen „Plan für die Nachkriegszeit“ hatte. Der Haken an dieser Theorie ist, dass sie nicht stimmt. Die Bush-Regierung besaß sehr wohl einen Plan, was sie nach dem Krieg tun würde; er bestand, schlicht gesagt, darin, so viel Honig wie möglich auszulegen, um sich dann bequem zurückzulehnen und auf die Fliegen zu warten.

- * Naomi Kleins Irakreportage, die wir hier in deutscher Erstveröffentlichung publizieren, erschien zuerst in englischer Sprache in © „Harper's Magazine“ (New York, September 2004, S. 43-53). Wir danken der Harper's Magazine Foundation für die freundliche Genehmigung. – D. Red.

Die Honig-Theorie des irakischen Wiederaufbaus entspringt dem beliebtesten Glaubensartikel der ideologischen Architekten des Krieges: Gier ist gut! Gut nicht nur für sie und ihre Freunde, sondern für die ganze Menschheit, ganz gewiss aber für die Iraker. Gier erzeugt Profit, der schafft Wachstum, und das wiederum produziert Jobs, Güter, Dienstleistungen und überhaupt alles, was irgendwer braucht oder wünscht. Gute Regierungen haben also die Aufgabe, die bestmöglichen Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass Unternehmen ihrer bodenlosen Gier frönen können, damit sie ihrerseits die Bedürfnisse der Gesellschaft befriedigen können. Das Problem ist nur, dass Regierungen, selbst neokonservative, kaum je die Chance bekommen, die Richtigkeit ihrer geheiligten Theorie zu beweisen: Selbst die Republikaner des George W. Bush werden, jedenfalls ihrer Ansicht nach, trotz enormer ideologischer Bodengewinne ununterbrochen sabotiert – von Demokraten, die sich ständig einmischen, Gewerkschaften und alarmistischen Umweltschützern.

Mit dem Irak würde sich all das ändern. Endlich ein Ort auf dieser Welt, wo man die Theorie in die Praxis umsetzen konnte, und zwar in ihrer unverfälschten, perfekten Form. Dieses Land mit seinen 25 Millionen Einwohnern würde nicht wiederaufgebaut werden, wie es vor dem Krieg war; es wäre ausstrahlt, einfach verschwunden. Stattdessen würde eine glitzernde Mustermesse der Laissez-Faire-Ökonomie aus dem Boden schießen, ein Utopia, wie es die Welt noch nicht gesehen hätte. Buchstäblich jede politische Maßnahme, die multinationalen Konzernen die Freiheit verschafft, ungestört ihrem Profitstreben zu folgen, würde man hier anwenden: geschrumpfter Staat, flexible Arbeitskräfte, offene Grenzen, minimale Steuern, keine Zölle und keinerlei Einschränkung der Eigentumsrechte. Natürlich brächte das für die Bevölkerung des Irak kurzfristig einige Härten mit sich: Vormalige staatliche Einrichtungen würde man aufgeben müssen, um neue Wachstums- und Investitionsgelegenheiten zu schaffen; zwangsläufig würden Arbeitsplätze verloren gehen, und während ausländische Produkte über die Grenze strömten, würden einheimische Gewerbe und landwirtschaftliche Familienbetriebe unglücklicherweise ihre Konkurrenzfähigkeit verlieren. Aber die Urheber dieses Plans nahmen das alles gerne in Kauf – um des wirtschaftlichen Booms willen, der mit Sicherheit und geradezu explosionsartig ausbrechen würde, sobald man nur die richtigen Voraussetzungen geschaffen hätte; ein so gewaltiger Boom, dass sich das Land praktisch von selbst wiederaufbauen würde.

Dass dieser Boom nie zustande kam und der Irak bis heute von Explosionen ganz anderer Art erschüttert wird, sollte keineswegs dem Fehlen eines Plans angelastet werden. Schuld sind vielmehr der Plan selbst und die außergewöhnlich gewalttätige Ideologie, auf der er beruht.

Paul Bremers Schocktherapie

Folterspezialisten glauben, wenn man verschiedenen Körperteilen gleichzeitig Elektroschocks versetzt, geraten die Betroffenen in derartige Verwirrung, woher der Schmerz eigentlich kommt, dass sie keinen Widerstand mehr leis-

ten können. Ein vormalig geheimes CIA-Handbuch über „Counterintelligence-Vernehmungen“ aus dem Jahre 1963 beschreibt, wie ein Gefangenen zugefügtes Trauma zu „einem – möglicherweise extrem kurzen – Intervall [führt], währenddessen die Lebenstätigkeit unterbrochen ist, eine Art psychologischer Schock oder Lähmung [...] [In] diesem Augenblick ist die Quelle viel beeinflussbarer, viel eher bereit zu kooperieren.“ Eine ähnliche Theorie gilt für die wirtschaftliche Schocktherapie oder „Schockbehandlung“, den hässlichen Begriff, der zur Beschreibung der ruckartigen Umstellung Chiles auf freie Marktwirtschaft nach dem Pinochet-Putsch verwendet wird. Diese Theorie besagt, dass bei schmerzhaften wirtschaftlichen „Anpassungsmaßnahmen“, wenn sie unmittelbar nach einer gesellschaftlichen Erschütterung wie Krieg, Staatsstreich oder Regierungskollaps ergriffen werden, die Bevölkerung so benommen und derart beschäftigt sein wird mit den tagtäglichen Überlebenszwängen, dass auch ihre Lebenstätigkeit aussetzt und sie keinen Widerstand leisten kann. „Der Schwanz des Hundes muss“, wie Admiral Lorenzo Gotuzzo, Pinochets Finanzminister, erklärte, „mit einem einzigen Schlag abgehackt werden.“

Im Kern war das die Arbeitshypothese im Irak. Und gemäß der Überzeugung, dass Privatfirmen praktisch jede Aufgabe besser lösen können als Regierungen, beschloss das Weiße Haus die Privatisierung der Aufgabe, die staatsdominierte irakische Wirtschaft zu privatisieren. Zwei Monate vor Kriegsbeginn machte sich USAID¹ an den Entwurf des Arbeitsauftrags für eine Privatfirma, die den „Übergang zu einem nachhaltig marktgesteuerten Wirtschaftssystem“ im Irak anleiten sollte. Das Dokument konstatiert, die beauftragte Firma (der KPMG²-Ableger Bearing Point, wie sich herausstellte) werde „die einzigartige Gelegenheit für schnelle Fortschritte auf diesem Gebiet, welche die gegenwärtige Konstellation der politischen Umstände bietet, angemessen nutzen“. Genau das geschah.

L. Paul Bremer, der vom 2. Mai 2003 an der US-Besatzung im Irak vorstand, bis er am 28. Juni 2004 den ersten Morgenflug aus Bagdad erwischte und verschwand, räumt ein: „Bagdad stand buchstäblich in Flammen, als ich vom Flughafen kam.“ Aber noch bevor wenigstens die Brände gelöscht waren, die die „*shock and awe*“-Angriffe hinterlassen hatten, setzte Bremer seine Schocktherapie in Gang. In einem einzigen heißen Sommer drückte er mehr schmerzhaft Veränderungen durch als der Internationale Währungsfonds in Lateinamerika während dreier Jahrzehnte. Joseph Stiglitz, Nobelpreisträger und früherer Chefökonom der Weltbank, nannte Bremers Reformen eine „noch radikalere Form der Schocktherapie, als sie in der früheren Sowjetwelt praktiziert wurde.“

Bremers erste wichtige Amtshandlung bestimmte die Tonlage seiner Politik: Er feuerte 500 000 Staatsbedienstete, hauptsächlich Soldaten, aber auch Ärzte, Krankenschwestern, Lehrer, Verleger und Drucker. Als Nächstes riss er

1 USAID ist die Internationale Entwicklungsagentur der USA, die staatliche U.S. Agency for International Development in Washington. – D. Übs.

2 KPMG ist eine internationale Beratungsfirma, die nach eigenen Angaben über 100 000 Mitarbeitende in 150 Ländern beschäftigt und im Geschäftsjahr 2003, als KPMG International, einen Umsatz von 12,16 Mrd. US-Dollar erzielte. – D. Übs.

die Grenzen des Landes weit auf, was völlig unkontrollierte Einfuhren ermöglichte: keine Zölle, keine Abgaben, keine Grenzabfertigung, keine Steuern. Zwei Wochen nach seiner Ankunft erklärte Bremer, der Irak sei jetzt *open for business*, fürs Geschäft freigegeben.

Einen Monat später enthüllte Bremer das Kernstück seiner Reformen. Vor der Invasion war die irakische Wirtschaft, außerhalb des Ölsektors, von 200 staatseigenen Unternehmen dominiert worden, die von Zement über Papier bis zu Waschmaschinen alles produzierten. Im Juni 2003 flog Bremer zu einem Wirtschaftsgipfel in Jordanien und kündigte an, diese Firmen würden unverzüglich privatisiert. „Ineffektive Staatsunternehmen in Privathand zu bringen“, sagte er, „ist entscheidend für die wirtschaftliche Erholung des Irak“. Das wäre der größte Ausverkauf von Staatseigentum seit dem Zusammenbruch der Sowjetunion.

Aber Bremers Karriere als Wirtschaftsarchitekt hatte gerade erst begonnen. Im September setzte er, um ausländische Investoren in den Irak zu locken, eine ganze Serie radikaler Gesetze in Kraft, deren Großzügigkeit gegenüber multinationalen Konzernen ohne Beispiel ist. Da gab es den Befehl 37, der den Steuersatz für irakische Unternehmen von ungefähr 50 Prozent auf einheitliche 15 Prozent absenkte. Dann kam Order 39, der es ausländischen Firmen erlaubte, irakische Einrichtungen zu 100 Prozent zu besitzen, soweit es sich nicht um Naturreichtümer handelte. Besser noch, Investoren konnten sogar 100 Prozent der Gewinne, die sie im Irak machten, außer Landes bringen; sie mussten sie weder reinvestieren, noch versteuern lassen. Order 39 autorisierte sie, Leasinggeschäfte und andere Verträge für eine Dauer von 40 Jahren abzuschließen. Und der Befehl 40 hieß ausländische Banken unter den gleichen vorteilhaften Bedingungen im Irak willkommen. Alles, was von Saddam Husseins Wirtschaftspolitik übrig blieb, war ein Gesetz zur Einschränkung der Gewerkschaften und von Kollektivverträgen.

Wenn das alles recht vertraut klingt, so deshalb, weil es die gleiche Politik ist, auf die die Multis rund um die Welt alle Regierungen einzuschwören und alle internationalen Handelsabkommen zuzuschneiden versuchen. Aber während diese Reformen anderswo nur in Teilen oder schrittweise durchgesetzt werden, verordnete Bremer das ganze Programm auf einen Schlag. Über Nacht verwandelte sich der Irak aus dem isoliertesten Land der Welt in ihren, zumindest auf dem Papier, offensten Markt.

Kampf zweier Linien

Anfangs schien die Theorie von der Schocktherapie zu greifen: Von militärischer und wirtschaftlicher Gewalt gleichermaßen bedrückt, waren die Iraker viel zu sehr mit ihrem Überleben beschäftigt, um auf Bremers Kampagne politisch reagieren zu können. Sich über die Privatisierung der Abwasserwirtschaft den Kopf zu zerbrechen, während die Hälfte der Bevölkerung keinen Zugang zu sauberem Trinkwasser hatte, erschien als unvorstellbarer Luxus; und die Debatte über die Niedrigsteuer würde warten müssen, bis die Lichter

wieder brannten. Selbst in der internationalen Presse wurden Bremers neue Gesetze bei aller Radikalität von dramatischeren Nachrichten über politisches Chaos und wachsende Kriminalität mühelos in den Schatten gestellt.

Aber natürlich gab es Leute, die merkten, was da lief. Im Herbst fanden jede Menge Verkaufsshows unter dem Motto *Rebuilding Iraq*, „Den Irak wiederaufbauen“, in Washington, London, Madrid oder auch Amman statt. Der „Economist“ beschrieb Bremers Irak als „kapitalistischen Traum“. Neue Consulting-Firmen entstanden in Hülle und Fülle und versprachen, interessierten Unternehmen Zugang zum irakischen Markt zu verschaffen. Vielfach fungierten Republikaner, die über gute Beziehungen verfügten, als Direktoren. Die bekannteste dieser Beratungsfirmen, New Bridge Strategies, gründete Joe Allbaugh, früher Wahlkampfmanager für Bush und Cheney. „Die Berechtigung, Procter & Gamble-Produkte zu verkaufen, kann eine Goldmine sein“, begeisterte sich einer der Partner dieser Gesellschaft. „Ein gut bestückter Laden von 7-Eleven könnte 30 irakische Händler aus dem Feld schlagen; ein Wal-Mart könnte das ganze Land übernehmen.“

Bald gab es Gerüchte, McDonald's würde im Zentrum von Bagdad aufmachen; die Finanzierung eines Starwood-Luxushotels wäre schon fast gesichert, und General Motors plante den Bau einer Autofabrik. Im Finanzsektor hieß es, HSBC³ würde im ganzen Lande Filialen eröffnen, Citigroup richtete sich darauf ein, ansehnliche Kredite mit künftigen Ölverkäufen als Sicherheit zu gewähren, und es sah so aus, als stünde Bagdad die Gründung einer Aktienbörse im New Yorker Stil unmittelbar bevor.

Wenige Monate hatten genügt, den Irak nach dem Krieg wie geplant in ein Laboratorium für die Neocons zu verwandeln. Mag sein, dass das intellektuelle Rüstzeug für eine präventive Invasion im Irak von Leo Strauss stammt. Aber es war Milton Friedman, dieser andere Professor der University of Chicago, der Verfasser des Antiregierungsmanifests „Capitalism and Freedom“, der das Handbuch dafür lieferte, was zu tun war, sobald das Land sich fest in amerikanischer Hand befand. Es war ein gewaltiger Sieg für den Ideologengflügel der Bush-Regierung. Aber es war auch noch etwas anderes: die Kulmination zweier ineinander verschlungener Machtkämpfe, der eine zwischen Exilirakern, die das Weiße Haus in Sachen Nachkriegsstrategie berieten, der andere innerhalb des Weißen Hauses selbst.

Wie der britische Historiker Dilip Hiro in seinem Buch „Secrets and Lies: Operation 'Iraqi Freedom' and After“ gezeigt hat, zerfielen die auf eine Invasion drängenden Exiliraker in zwei Lager. Auf der einen Seite standen die „Pragmatiker“, die es vorzogen, Saddam und seine engste Umgebung loszuwerden, den Zugang zum Öl zu sichern und allmählich zu marktwirtschaftlichen Reformen überzugehen. Viele dieser Exilanten gehörten zum „Future of Iraq Project“ des State Department, das einen 13bändigen Bericht darüber erarbeitete, wie man nach dem Krieg die Grundversorgung wiederherstellen und den Übergang zur Demokratie einleiten könne. Auf der anderen Seite

3 Die HSBC, Stammsitz London, bezeichnet sich als der Welt größte „local bank“ mit rund 10 000 Filialen in 76 Ländern. Der Name leitet sich von der Hongkong and Shanghai Banking Corporation (gegr. 1865) her. – D. Übs.

stand das „Jahr-Null“-Lager, Leute, die glaubten, der Irak sei so kontaminiert, dass man ihn quasi wegwischen und von Grund auf neu konzipieren müsse. Der wichtigste Vertreter der pragmatischen Linie war Ajad Allawi, ein ehemaliger hochrangiger Baathist, der sich mit Saddam zerstritten und dann begonnen hatte, für die CIA zu arbeiten. Hauptverfechter der „Jahr-Null“-Linie war Ahmed Tschalabi. Er hasste den irakischen Staat, der seine Familie während der Revolution von 1958 enteignet hatte, so sehr, dass er alles, das ganze Land, bis auf den Grund niedergebrannt sehen wollte – nun ja: alles außer dem Ölministerium, das den Nukleus des neuen Irak bilden sollte, den Zellhaufen, der sich zu einer ganzen Nation auswachsen würde. Diesen Prozess nannte er „Entbaathifizierung“.

Parallel dazu tobte innerhalb der Bush-Regierung selbst ein Kampf zwischen Pragmatikern und Rechtgläubigen. Zu den Pragmatikern zählten Außenminister Powell und General Jay Garner, der erste US-Beauftragte für den Nachkriegsirak. General Garners Plan war geradeheraus genug: die Infrastruktur reparieren, alsbaldige und schmutzige Wahlen abhalten, die Schocktherapie dem IWF überlassen und sich auf die Sicherung amerikanischer Militärbasen nach dem Modell der Philippinen konzentrieren. „Ich denke, wir sollten den Irak jetzt als unseren Bunkerplatz⁴ im Mittleren Osten betrachten“, sagte er BBC. Die andere Seite bestand aus den üblichen Verdächtigen: Vizepräsident Dick Cheney, Verteidigungsminister Donald Rumsfeld (der Bremers „durchgreifende Reformen“ als „einige der aufgeklärtesten und verlockendsten Steuer- und Investitionsgesetze der Freien Welt“ pries), der stellvertretende Verteidigungsminister Paul Wolfowitz und, vielleicht die Schlüsselfigur, Douglas Feith, Undersecretary im Verteidigungsministerium. Hatte das Außenministerium seinen Bericht zur „Zukunft des Irak“, so hatten die Neocons den USAID-Vertrag mit Bearing Point zur Umgestaltung der irakischen Wirtschaft: Auf dessen 108 Seiten fällt das Wort Privatisierung nicht weniger als 51 Mal. Die Rechtgläubigen im Weißen Haus betrachteten General Garners Pläne für den Nachkriegsirak als viel zu anspruchslos. Warum sollte man sich mit einem bloßen Bunkerplatz zufrieden geben, wenn man das Modell eines freien Marktes kriegen konnte? Warum sich mit den Philippinen bescheiden, wenn man ein Leuchtfeuer für die ganze Welt entflammen kann?

Die „Jahr-Null“-Leute unter den Irakern erwiesen sich als natürliche Verbündete der Neokonservativen im Weißen Haus: Tschalabis brennender Hass auf den Baath-Staat harmonierte prächtig mit dem Hass der Neokonservativen auf den Staat im Allgemeinen, und die Vorhaben beider Seiten ließen sich mühelos miteinander verschmelzen. Gemeinsam stellten sie sich die Invasion des Irak als eine Art Begeisterungstaumel vor: Wo der Rest der Welt Tod sah, sahen sie Geburt – ein Land, das durch Gewalt erlöst, durch Feuer gereinigt wurde. Der Irak wurde durch die Marschflugkörper und Splitterbomben, durch Chaos und Plünderung nicht zerstört, er wurde wiedergeboren. Der 9. April 2003, der Tag, an den Bagdad fiel, war der Tag Eins des Jahres Null.

4 Coaling station – so hießen die Versorgungsstützpunkte, in denen die Kriegsflotten des Kolonial- und Dampfschifffahrtszeitalters Nachschub an Treibstoff, damals Kohle, „bunkern“ konnten. – D. Übs.

Der Goldrausch

Während der Krieg noch tobte, blieb unklar, ob die Kontrolle über den besetzten Irak an die Pragmatiker oder an die „Jahr-Null“-Leute fallen würde. Aber die schnelle Eroberung des Landes vermehrte das politische Kapital der Neocons entscheidend, hatten sie doch von Anfang an einen „Spaziergang“ vorausgesagt. Acht Tage nach seiner Landung auf jenem Flugzeugträger („MISSION ACCOMPLISHED“!) machte Präsident Bush sich öffentlich die Vision der Neocons zu Eigen: Der Irak sollte zum Modell eines Unternehmerstaates werden und auf diese Weise die ganze Region erschließen. Am 9. Mai schlug Bush die „Einrichtung einer amerikanisch-mittelöstlichen Freihandelszone binnen eines Jahrzehnts“ vor; drei Tage später schickte er Paul Bremer nach Bagdad, um Jay Garner abzulösen, der nur drei Wochen amtiert hatte. Die Botschaft war eindeutig: Die Pragmatiker hatten verloren; der Irak würde den Anhängern der reinen Lehre gehören.

Bremer, ein zum Unternehmer mutierter Diplomat der Reagan-Ära, hatte erst kürzlich seine Fähigkeit unter Beweis gestellt, Schutt in Gold zu verwandeln: Genau einen Monat nach den Anschlägen vom 11. September gründete er Crisis Consulting Practice, eine Firma, die multinationale Konzerne gegen Terrorismus-Risiken versicherte. An der Wirtschaftsfront verfügte Bremer über zwei Statthalter: Thomas Foley und Michael Fleischer, die Köpfe der Abteilung „Entwicklung des Privatsektors“ der Provisorischen Koalitionsbehörde (CPA). Foley, ein Multimillionär aus Greenwich, Connecticut, seit langem mit der Familie Bush befreundet und ein „Pionier“ der Wahlkampagne Bush/Cheney, hat den Irak als einen kalifornischen „Goldrausch“ unserer Tage charakterisiert. Michael Fleischer, ein *venture capitalist*, ist der Bruder von Ari Fleischer, dem früheren Sprecher des Weißen Hauses. Weder Foley noch Fleischer verfügen über irgendwelche diplomatische Erfahrung. Beide bezeichnen ihre Tätigkeit mit dem Begriff der unternehmerischen „Kehrtwende“ und sich selbst als Spezialisten auf diesem Gebiet. Foley zufolge sind sie deshalb einmalig qualifiziert, die irakische Ökonomie zu managen, schließlich gehe es dabei um „die Mutter aller Kehrtwenden“.

Viele andere Posten in der CPA wurden ähnlich ideologisch besetzt. Die „Grüne Zone“, diese Stadt in der Stadt, wo in einem früheren Palast Saddam Husseins das Besetzungshauptquartier residiert, wimmelte von Jungrepublikanern, die direkt aus der Heritage Foundation kamen und allesamt mit Aufgaben betraut waren, von denen sie zu Hause nur hätten träumen können. Jay Hallen, 22 Jahre alt, der sich um einen Job im Weißen Haus beworben hatte, war jetzt in Bagdad verantwortlich dafür, die Aktienbörse in Gang zu bringen. Scott Erwin, ein früherer Praktikant von Dick Cheney und jetzt 21 Jahre alt, meldete per E-Mail nach Hause: „Ich helfe den Irakern bei der Finanzverwaltung und der Finanzierung der einheimischen Sicherheitskräfte“. Welcher Job dem jungen Mann bis dahin am besten gefallen hatte? Seine Antwort: „Die Zeit, als ich einen Eiskrem-Laster fuhr.“ In dieser frühen Zeit der Besetzung erinnerte die Grüne Zone ein bisschen an Kennedys Friedenscorps (oder an das Bild, das Leute, die es für eine kommunistische Ver-

schwörung halten, von diesem *Peace Corps* haben). Man hatte dort die Chance, auf Feldbetten zu schlafen, Armeestiefel zu tragen und „Herein!“ zu schreien – und das alles, während man rund um die Uhr von echten Soldaten beschützt wurde.

Die Teams aus KPMG-Buchhaltern, Investmentbankern, Think-Tank-Leuten und Jungrepublikanern, die die Grüne Zone bevölkern, haben viel mit jenen IWF-Missionen gemein, die überall in der Welt aus den Präsidentensuiten von Sheraton-Hotels heraus Entwicklungsländer auf Vordermann bringen. Mit einem Unterschied: Im Irak verhandelten sie nicht mit der Regierung, damit diese, als Gegenleistung für einen Kredit, ihre „Strukturanpassungen“ akzeptierte; im Irak *waren* sie die Regierung.

Einige kleine Schritte wurden allerdings unternommen, um die von den USA ernannten irakischen Politiker einzubeziehen. Jegor Gaidar, der Chefdenker der russischen Privatisierungsauktion Mitte der 90er Jahre, die die Reichtümer des Landes den regierenden Oligarchen auslieferte, wurde zu einer Konferenz nach Bagdad eingeladen, um die Iraker an seiner Weisheit teilhaben zu lassen. Auch Marek Belka, der den gleichen Vorgang in Polen als Finanzminister anleitete, wurde eingeflogen. Diejenigen Iraker, die die Necon-Sprüche am besten nachplappern konnten, wählte man für die Rolle örtlicher *policy champions*, wie USAID sie nennt, aus – Männer wie Ahmed al-Mukhtar, der mich über seine Landsleute aufklärte: „Sie sind faul. Von Natur aus sind die Iraker sehr abhängig [...]. Sie werden sich auf sich selbst verlassen müssen, anders kann man in der Welt von heute nicht überleben.“ Obwohl er über keine Wirtschaftserfahrungen verfügt – und in seinem letzten Job die englischsprachigen Fernsehnachrichten verlas –, hat man Mukhtar zum Direktor der Abteilung für Außenbeziehungen im Handelsministerium gemacht; außerdem ist er an führender Stelle für die irakischen Bestrebungen verantwortlich, der Welthandelsorganisation beizutreten.

Erste Probleme beim „Wiederaufbau“

Bevor ich mich entschloss, in den Irak zu gehen, hatte ich die ökonomische Front des Krieges schon fast ein Jahr lang beobachtet. Ich besuchte die Verkaufsausstellungen über den „Wiederaufbau des Irak“, studierte Bremers Steuer- und Investitionsgesetze, traf mich mit Vertretern von Vertragsfirmen an ihrem amerikanischen Stammsitz und interviewte in Washington die Regierungsvertreter, die die Irakpolitik machen. Aber während ich meine Reisevorbereitungen traf, um mir dieses Experiment des marktwirtschaftlichen Utopismus im Irak aus der Nähe anzuschauen, wurde immer deutlicher, dass nicht alles nach Plan lief. Bremer war von der Theorie ausgegangen, wenn man ein Utopia für Unternehmer errichte, würden diese sich wie von selbst dort einstellen – aber wo steckten sie? Amerikanische Multis nahmen gerne die Dollars der US-Steuerzahler, um das Telefonnetz oder die Stromversorgung wiederherzustellen, aber sie dachten nicht daran, ihr eigenes Geld im Irak zu versenken. In Bagdad gab es bis dato weder McDonald's

noch Wal-Mart, und selbst der Verkauf der Staatsbetriebe, den man neun Monate früher so zuversichtlich angekündigt hatte, war nicht zustande gekommen.

Zum Teil lag diese Stockung an den physischen Gefahren, mit denen jeder rechnen musste, der im Irak Geschäfte machen wollte. Aber es gab auch andere, bedeutsamere Gefahren. Als Paul Bremer die baathistische Verfassung des Irak in den Schredder steckte und, wie der „Economist“ beifällig kommentierte, durch die „Wunschliste ausländischer Investoren“ ersetzte, vergaß er ein kleines Detail zu erwähnen: Das alles war absolut illegal. Die CPA leitete ihre rechtliche Autorität aus der im Mai 2003 verabschiedeten UN-Sicherheitsratsresolution 1483⁵ ab, die die Vereinigten Staaten und Großbritannien als legitime Besatzungsmächte im Irak anerkennt. Diese Resolution ermöglichte es Bremer, im Irak einseitig Gesetze zu erlassen. Dieselbe Resolution stellte aber auch fest, Washington und London hätten „ihre Verpflichtungen nach dem Völkerrecht, insbesondere auch nach dem Genfer Abkommen von 1949 und der Haager Landkriegsordnung von 1907, voll einzuhalten“. Beide Konventionen verdanken sich dem Versuch, der unglücklichen Tendenz entgegenzuwirken, der Besatzungsmächte in der Geschichte immer wieder erlegen sind, nämlich eigenmächtig die Regeln zu ändern, um die beherrschten Nationen ökonomisch ausplündern zu können. Vor diesem Hintergrund bestimmen die Konventionen, dass eine Besatzungsmacht die bestehenden Gesetze eines Landes einhalten muss, solange sie daran nicht „absolut gehindert“ ist. Zugleich wird festgelegt, dass eine Besatzungsmacht „öffentliche Gebäude, Grundbesitz, Wälder und landwirtschaftliche Einrichtungen“ des besetzten Landes nicht besitzt, sondern vielmehr deren „Verwalter“ und Wärter ist, der ihre Sicherheit bis zur Wiederherstellung der Souveränität gewährleisten muss. Hier lag die eigentliche Bedrohung für den „Jahr-Null“-Plan: Weil die Aktiva Iraks den USA nicht gehören, können sie diese auch nicht legal verkaufen. Und nach dem Ende der Besatzung könnte eine irakische Regierung an die Macht kommen, die beschließt, dass die Staatsunternehmen öffentliches Eigentum bleiben oder dass ausländische Firmen, wie in der Golfregion üblich, einheimische Einrichtungen nicht zu 100 Prozent übernehmen dürfen. Käme es dazu, könnten Investitionen, die nach Bremers Regeln getätigt wurden, enteignet werden, ohne dass es für die betroffenen Firmen Rechtsmittel dagegen gäbe, weil deren Investitionen von Anfang an gegen das Völkerrecht verstoßen hatten.

Ab November rieten Wirtschaftsanwälte ihren Kunden aus der Geschäftswelt, erst einmal nicht in den Irak zu gehen, sondern besser abzuwarten, bis der Übergang vollzogen sei. Besonders ängstlich reagierten die Versicherungen. Nicht eine der großen Firmen zeigte sich bereit, Investoren gegen „politische Risiken“ zu versichern, jenes delikate Gebiet des Versicherungsrechts, das die Unternehmen vor ausländischen Regierungen schützt, die nationalistisch oder sozialistisch werden und ihre Anlagen enteignen.

Selbst die bisher so gehorsamen irakischen Politiker von US-Gnaden begannen sich für den Fall, dass sie die Privatisierungspläne mit trügen, Sorgen um die eigene politische Zukunft zu machen. Haider al-Abadi, der Kom-

5 Wortlaut (deutsch) in: „Blätter“, 8/2003, S. 1018-1024; hier: S. 1020. – D. Übs.

munikationsminister, erzählte mir von seiner ersten Begegnung mit Bremer. „Sehen Sie', sagte ich, ‚wir haben kein Mandat, irgendetwas davon zu verkaufen. Die Privatisierung ist eine große Sache. Wir müssen warten, bis es eine irakische Regierung gibt.'“ Der Industrieminister Mohammed Tofik wurde sogar noch deutlicher: „Ich denke nicht daran, etwas zu tun, was nicht legal ist, basta.“

Sowohl Abadi als auch Tofik erzählten mir von einem – in der Presse nie erwähnten – Treffen, das Ende Oktober 2003 stattfand. Bei dieser Zusammenkunft beschlossen die 25 Mitglieder des irakischen Regierungsrats und die 25 Übergangsminister einmütig, sich an der Privatisierung der Staatsunternehmen des Landes oder seiner öffentlichen Infrastruktur nicht zu beteiligen.

Plan B: „Machtübergabe“

Aber Bremer gab nicht auf. Zwar verbietet das Völkerrecht Besatzern, selbst Staatseigentum des besetzten Landes zu verkaufen, aber es verliert kein Wort über die Vasallenregierungen, die sie gewöhnlich ernennen. Ursprünglich hatte Bremer dafür plädiert, die Macht einer direkt gewählten irakischen Regierung zu übergeben, aber Anfang November 2003 flog er zu einer privaten Begegnung mit Präsident Bush nach Washington und kam mit einem Plan B zurück. Danach sollte am 30. Juni 2004 offiziell die Besatzung enden – offiziell, aber nicht wirklich. An die Stelle der Koalitionsbehörde würde eine ernannte, von Washington ausgesuchte Regierung treten. Die internationalen Gesetze, die Besatzungsmächte daran hindern, Staatseigentum zu verkaufen, würden diese Regierung nicht binden; sie wäre stattdessen an eine „Übergangsverfassung“ gebunden, ein Dokument, das Bremers Investitions- und Privatisierungsgesetze schützt.

Der Plan war riskant. Bremers Deadline rückte rapide näher, und dafür gab es handfeste Gründe: Präsident Bush wollte rechtzeitig zum Wahlkampf das Ende der Besatzungszeit im Irak herausposaunen können. Wenn alles nach Plan lief, könnte Bremer eine „souveräne“ Regierung des Irak zwingen, seine illegalen Reformen durchzuführen. Aber wenn etwas schiefginge, bliebe es trotzdem beim Übergabetermin 30. Juni, denn von da an würde Karl Rove das Sagen haben, nicht Dick Cheney oder Donald Rumsfeld. Und sollte es so weit kommen, dass man sich zwischen der Ideologie im Irak und der Wählbarkeit von George W. Bush entscheiden müsste, so wüsste jeder, wie diese Entscheidung ausfallen würde.

Anfangs schien Plan B zu funktionieren. Der irakische Regierungsrat schluckte alles, was Bremer ihm vorsetzte: den neuen Zeitplan, die Übergangsregierung und die Übergangsverfassung. Es gelang ihm sogar, eine gänzlich übersehene Bestimmung in die Verfassung zu schmuggeln, den Artikel 26. Der besagt, dass während der Amtszeit der Übergangsregierung „die von der provisorischen Koalitionsbehörde erlassenen Gesetze, Vorschriften, Befehle und Direktiven [...] in Kraft bleiben“ und erst nach der Abhaltung allgemeiner Wahlen geändert werden können.

Bremer hatte sein legales Schlupfloch gefunden: Es würde ein Zeitfenster geben – die sieben Monate zwischen dem offiziellen Ende der Besatzungsherrschaft und dem vorgesehenen Wahltermin. Solange dieses Fenster offen stand, würden die Privatisierungsverbote der Haager und Genfer Konventionen nicht mehr gelten, während Bremers eigene Gesetze dank Art. 26 in Kraft blieben. Sieben Monate lang würden ausländische Investoren in den Irak kommen und Vierzigjahresverträge unterzeichnen können, um irakische Besitztümer zu erwerben. Falls irgendwann in der Zukunft eine frei gewählte Regierung im Irak beschließen sollte, die Regeln zu ändern, würden die Investoren auf Entschädigung klagen können.

Allerdings hatte Bremer einen nicht zu unterschätzenden Gegner: Großajatollah Ali al-Sistani, der höchste Geistliche der Schiiten im Irak, versuchte Bremers Plan in jeder Hinsicht zu blockieren: Er forderte, sofort direkte Wahlen abzuhalten, während die Verfassung erst nach diesen Wahlen und nicht etwa vorher geschrieben werden sollte. Beide Forderungen hätten, wären sie erfüllt worden, Bremers Privatisierungsfenster zugeschlagen. Aber als die schiitischen Mitglieder des Regierungsrates sich weigerten, die Übergangsverfassung zu unterschreiben, explodierten am 2. März 2004 vor zwei Moscheen in Kerbala und Bagdad fünf Bomben und töteten fast 200 Gläubige. General John Abizaid, der US-Oberbefehlshaber im Irak, warnte, das Land befinde sich an der Schwelle zum Bürgerkrieg. Erschrocken gab Sistani nach, und die schiitischen Politiker unterzeichneten die Übergangsverfassung. Es war die übliche Geschichte: Der Schock über einen blutigen Anschlag ebnete den Weg für noch mehr Schocktherapie.

Als ich eine Woche später im Irak eintraf, schien das Wirtschaftsprojekt wieder nach Plan zu laufen. Bremer brauchte nur noch die Absegnung seiner Übergangsverfassung durch eine Sicherheitsratsresolution, damit die nervösen Rechtsanwälte und Versicherungsagenten sich entspannen konnten und der Ausverkauf des Irak endlich in Gang kam. Die CPA hatte zwischenzeitlich eine neue Werbekampagne gestartet, die Investoren das beruhigende Gefühl geben sollte, der Irak sei trotz allem ein sicherer und aufregender Geschäftsplatz. Kernstück der Kampagne war die Ausstellung „Bestimmungsort Bagdad“, eine große Handlungsschau, die Anfang April auf dem Gelände der Internationalen Bagdad-Messe abgehalten werden sollte. Die Veranstalter gaben ihrer Messe das Kürzel „DBX“, als ginge es um eine Art firmengesponsertes Querfeldeinrennen. Ganz im Einklang mit dieser Extremsport-Orientierung flog Thomas Foley nach Washington, um einer Versammlung von Managern zu erzählen, die Risiken im Irak seien vergleichbar „mit Fallschirmspringen oder Motorradfahren, die für viele Leute durchaus akzeptable Risiken darstellen.“

Aber drei Stunden nach meiner Ankunft in Bagdad hatte ich große Schwierigkeiten, solchem Zuspruch zu glauben. Ich hatte noch gar nicht ausgepackt, als mein Hotelzimmer voll Schutt und die Fenster der Lobby in Scherben lagen. Auf das weiter unten in der gleichen Straße gelegene Mount-Lebanon-Hotel war gerade ein Bombenanschlag verübt worden, seinerzeit der schwerste seit dem offiziellen Ende des Krieges. Am nächsten Tag fiel ein Hotel in

Basra einem Bombenanschlag zum Opfer, dann wurden zwei finnische Geschäftsleute auf dem Weg zu einem Treffen in Bagdad ermordet. Brigadegeneral Mark Kimmitt räumte schließlich ein, dass die Anschläge einem klaren Muster folgten: „Die Extremisten haben begonnen, sich von den harten Zielen abzuwenden [...] [und] konzentrieren sich jetzt, abweichend von der bisherigen Praxis, speziell auf weichere Ziele.“ Tags darauf aktualisierte das *State Department* seine Reiseratschläge: US-Bürger wurden „dringend davor gewarnt, in den Irak zu reisen.“

Die physischen Risiken einer Geschäftstätigkeit im Irak schienen zunehmend außer Kontrolle zu geraten. Auch dies passte überhaupt nicht zu dem ursprünglichen Plan. Als Bremer das erste Mal nach Bagdad kam, gab es noch so wenig bewaffneten Widerstand, dass er mit einem Minimum an Personenschutz auf die Straße gehen konnte. Während der ersten vier Monate seiner Amtszeit wurden 109 US-Soldaten getötet und 570 verwundet. In den folgenden vier Monaten stiegen, während Bremers Schocktherapie einsetzte, die US-Verluste fast auf das Doppelte: 195 tote GIs und 1 633 Verwundete. Im Irak behaupten viele, da bestehe ein Zusammenhang: Bremers Reformen hätten den mit Abstand größten Anteil daran, dass der bewaffnete Widerstand solche Ausmaße angenommen hat.

Da wären beispielsweise Bremers erste Opfer. Die Soldaten und Arbeiter, die er ohne Renten oder Abfindungen auf die Straße setzte, verschwanden nicht einfach geräuschlos. Viele schlossen sich sofort den Mudschaheddin an und bildeten das Rückgrat des bewaffneten Widerstands. „Einer halben Million Menschen geht es jetzt schlechter, und das ist der Wasserhahn, der den Aufstand am Laufen hält. Das ist ein alternatives Beschäftigungsprogramm“, sagt Hussain Kubba, Chef der prominenten irakischen Kubba Consulting. Auch andere Opfer des Bremerschen Wirtschaftskurses sind nicht einfach schweigend abgetreten. Wie sich herausstellt, beschlossen viele Geschäftsleute, die ihre Firmen durch Bremers Investitionsgesetze bedroht sehen, auf ihre Art zu investieren – nämlich in den Widerstand. Wenn den Kämpfern die Kalaschnikows und anderen Waffen nicht ausgehen, liegt das zum Teil am Geld dieser Leute.

Solche Entwicklungen stellen das Grundkonzept der Schocktherapie in Frage: Die Neocons waren überzeugt, ihre Reformen würden, schnell und rücksichtslos durchgeführt, die Iraker so betäuben, dass die gar nicht an Widerstand denken könnten. Offenbar wirkte der Schock jedoch genau umgekehrt. Statt sie, wie vorausgesagt, zu paralysieren, hat er viele Iraker zum Handeln getrieben, oft zu extremen Aktivitäten. Haider al-Abadi, der irakische Kommunikationsminister, formuliert es so: „Wir wissen, dass es Terroristen im Lande gibt, aber früher hatten sie keinen Erfolg. Sie waren isoliert. Doch jetzt, wo das ganze Land unglücklich ist und eine Menge Leute keine Jobs haben [...] finden diese Terroristen offene Ohren.“

Nun hatte Bremer Streit nicht nur mit den Irakern, die sich seinen Plänen widersetzen, sondern auch mit den US-Kommandeuren, die den durch seine Politik entfachten Aufstand niederwerfen sollten. Plötzlich wurden ketzerische Fragen gestellt: Wie wäre es, wenn die CPA, statt die Leute auf die Straße

zu setzen, echte Jobs für Iraker schafft? Und wenn sie die 200 irakischen Staatsbetriebe einfach wieder in Gang brächte, statt überstürzt den Verkauf zu betreiben?

Das Scheitern der Privatisierung

Für die irakischen Staatsbetriebe hatten die Neocons, die das Land jetzt verwalteten, von Anfang an nur Geringschätzung übrig. Im Einklang mit der fröhlichen „Jahr-Null“-Stimmung dieser Apokalyptiker hatten die US-Streitkräfte, als sich während des Krieges Plünderer über die Fabriken hermachten, keine Hand gerührt. Sabah Asaad, Geschäftsführer einer Kühlschranksfabrik im Bagdader Umland, erzählte mir, wie er während der Plünderungen zu einem nahe gelegenen Stützpunkt der U.S. Army fuhr und um Hilfe bettelte. „Ich bat einen der Offiziere, ein Fahrzeug mit zwei Soldaten zu schicken, die mir helfen sollten, die Plünderer hinauszuerwerfen. Ich weinte. Der Offizier sagte: ‚Tut mir leid, aber da können wir überhaupt nichts machen. Wir brauchen einen Befehl von Präsident Bush.‘“ Daheim in Washington zuckte Donald Rumsfeld die Achseln. „Freie Menschen haben die Freiheit, Fehler zu machen, Verbrechen zu begehen und schlimme Dinge zu tun.“

Wenn man die Überreste von Asaads fußballplatzgroßem Lagerhaus sieht, begreift man, warum Frank Gehry nach dem 11. September in eine künstlerische Krise stürzte und kurzzeitig außerstande war, an seinen Entwürfen zu arbeiten, die charakteristischerweise an die Trümmer moderner Gebäude erinnern. Asaads geplünderte und niedergebrannte Fabrik sieht aus wie eine Heavy-Metal-Version von Gehrys Guggenheim-Museum im spanischen Bilbao – ganze Wellen von Stahl, die, feuerverkrümmt, in schrecklich-schönen, goldglänzenden Haufen herumliegen. Aber es war nicht alles verloren. „Die Plünderer hatten ein gutes Herz“, sagte mir einer von Asaads Arbeitern. Womit er meinte, dass sie Maschinen und Werkzeuge dagelassen hatten, „damit wir wieder an die Arbeit gehen konnten“. Weil die Maschinen noch stehen, sagen viele Fabrikleiter im Irak, es wäre nicht sehr schwierig, die Produktion wieder aufzunehmen. Sie brauchen Notaggregate, um mit den täglichen Stromausfällen fertig zu werden, außerdem brauchen sie Kapital für Ersatzteile und Rohmaterial. Käme es dazu, so hätte das gewaltige Auswirkungen auf den abgewürgten irakischen Aufschwung, denn es hieße, dass viele für den Wiederaufbau benötigte Materialien – Zement und Stahl, Bausteine und Möbel – im Lande selbst erzeugt werden könnten.

Aber es kam anders. Unmittelbar nach dem nominellen Ende des Krieges bewilligte der Kongress 2,5 Mrd. US-Dollar für den irakischen Wiederaufbau, gefolgt von weiteren 18,4 Mrd. US-Dollar im Oktober 2003. Aber die irakischen Staatsbetriebe blieben demonstrativ ausgeschlossen, sie erhielten keine Wiederaufbauverträge. Die Milliarden flossen komplett an westliche Firmen, und die meisten Materialien für den Wiederaufbau wurden unter hohen Kosten aus dem Ausland eingeführt.

Angesichts einer Arbeitslosenrate von 67 Prozent stellen die über die Grenzen hereinströmenden Importwaren und ausländischen Arbeiter für die Iraker eine Quelle enormer Ressentiments dar – noch ein offener Hahn, der dem Aufstand ständig Nachschub zufließen lässt. Und die Iraker brauchen nicht lange nach Symbolen dieser Ungerechtigkeit zu suchen: Überall stoßen sie auf das allgegenwärtige Wahrzeichen der Besatzung – die Sprengschutzwand. Auf diese drei Meter hohen Platten aus verstärktem Beton stößt man überall im Irak; sie trennen die Beschützten – die Leute in den Edelhotels, Luxuswohnungen, Militärstützpunkten und natürlich der Grünen Zone – von den Schutzlosen und Ausgesetzten. Als wäre das noch nicht ungerecht genug, werden alle Sprengschutzwände importiert. Sie kommen aus Kurdistan, der Türkei oder sogar von noch weiter her und dies ungeachtet der Tatsache, dass es im Irak einmal eine bedeutende Zementproduktion gab und ohne großen Aufwand wieder geben könnte. Das Land besitzt 17 staatliche Zementfabriken, aber die meisten sind außer Betrieb oder arbeiten nur mit halber Kraft. Dem Industrieministerium zufolge hat keine dieser Fabriken auch nur einen einzigen Auftrag erhalten, beim Wiederaufbau zu helfen, obwohl sie die Schutzwände und Zement für andere Zwecke erheblich billiger liefern könnten. Die CPA zahlt bis zu 1 000 Dollar für eine importierte Sprengschutzwand; einheimische Produzenten sagen, sie könnten sie für 100 Dollar liefern. Minister Tofik sieht eine einfache Erklärung dafür, dass die Amerikaner nichts zur Wiederingangsetzung der irakischen Zementfabriken tun wollen: Unter denen, die zu entscheiden haben, „glaubt keiner an den öffentlichen Sektor“.⁶

Diese ideologische Blindheit hat die Irak-Besatzer zu Gefangenen ihrer eigenen Politik gemacht. Nun müssen sie sich hinter Betonwänden verstecken, deren bloße Existenz den Zorn über die US-Präsenz ständig nährt und so wiederum den Bedarf an weiteren Mauern steigert. Im Volksmund von Bagdad heißen die Betonbarrieren Bremer-Mauern.

Als der Aufstand sich ausweitete, wurde ziemlich bald klar, dass es zu noch schlimmeren Gewaltakten kommen könnte, falls Bremer seine Pläne zum Verkauf der Staatsbetriebe weiter vorantriebe. Es stand außer Frage, dass der Privatisierung Entlassungen vorausgehen würden: Nach Schätzungen des Industrieministeriums müssten rund 145 000 Beschäftigte gefeuert werden, um die Betriebe für Investoren begehrenswert zu machen, wobei jeder dieser Beschäftigten durchschnittlich fünf Familienmitglieder unterstützt. Die belagerten Besatzer standen vor der Frage: Würden diese Opfer der Schocktherapie ihr Schicksal hinnehmen oder würden sie rebellieren?

Widerstand in den Betrieben

Die ziemlich dramatische Antwort kam aus einem der größten Staatsunternehmen, der Allgemeinen Gesellschaft für Pflanzenöle. Das ist ein Komplex

⁶ Tofik sagte allerdings auch, mehrere US-Firmen hätten großes Interesse daran gezeigt, die staatseigenen Zementfabriken zu kaufen. Dies stützt eine im Irak weit verbreitete Annahme, wonach es eine bewusste Strategie gibt, die Staatsbetriebe zu vernachlässigen, damit sie billiger verkauft werden können – eine als „Erst aushungern, dann verkaufen“ bekannte Praxis.

von sechs Fabriken in einem Bagdader Industriegebiet, der Speiseöl, Toiletenseifen, Waschmittel, Rasiercreme und Shampoo produziert. Zumindest wurde mir das im Empfang erzählt, wo ich Hochglanzbroschüren und Kalender bekam, die mit „moderner Ausrüstung“ und „den neuesten und aktuellsten Entwicklungen im Produktionsbereich“ prahlten. Aber als ich die Seifenfabrik besuchte, stieß ich auf eine Gruppe von Arbeitern, die vor einem abgedunkelten Gebäude schliefen. Unser Führer stürzte los, rief einer Frau im weißen Laborkittel etwas zu, und plötzlich kam so etwas wie Leben in die Fabrik: Lichter flammten auf, Motoren brummt los und Arbeiter begannen – immer noch schlaftrunken –, Zweiliter-Plastikflaschen mit blassblauer Flüssigkeit zu füllen, Geschirrspülmittel der Marke Zahi.

Ich fragte Nada Ahmed, die Frau im weißen Kittel, warum die Fabrik bis vor wenigen Minuten nicht gearbeitet hatte. Sie erklärte, Strom und Materialien reichten nur dazu, die Maschinen ein paar Stunden am Tag laufen zu lassen, aber wenn Gäste kämen – mögliche Investoren, Ministeriumsvertreter, Journalisten –, würden sie angeworfen. „Alles Show“, kommentierte sie. Hinter uns sah ich ein Dutzend bullige Maschinen, alle außer Betrieb und mit eingestaubten Plastikhüllen überzogen, die man mit Klebeband befestigt hatte.

In einem dunklen Winkel hockte ein alter Mann vor einem Sack mit weißen Plastikverschlüssen. Mit einer dünnen Metallklinge schnippelte er sorgfältig die Ränder glatt, Verschlusskappe für Verschlusskappe, während zu seinen Füßen ein Häufchen Plastikabfall wuchs. „Uns fehlen die Ersatzteile für den richtigen Guss“, erklärte sein Vormann entschuldigend, „deshalb müssen wir die Kappen von Hand zurechtschneiden. Seit Beginn der Sanktionen haben wir keinerlei Ersatzteile aus Deutschland bekommen.“ Ich bemerkte, dass es selbst an den nominell arbeitenden Produktionslinien so gut wie keine Mechanisierung gab: Flaschen wurden von Hand unter Abfülldüsen gehalten, weil Laufbänder nicht liefen; einstmals von Maschinen montierte Deckel wurden mit Holzhämmern festgeklopft. Selbst Wasser bezog die Fabrik aus einer Quelle im Hof, handgeschöpft und mit Eimern nach drinnen getragen.

Die von den Besitzern vorgeschlagene Lösung bestand darin, die Fabrik nicht zu reparieren, sondern zu verkaufen. Als Bremer seinerzeit, im Juni 2003, die Privatisierungsauktion ankündigte, wurde der Name unserer Pflanzenölfirma als einer der ersten genannt. Doch als ich die Fabrik im März 2004 besuchte, wollte niemand über den Privatisierungsplan sprechen. Schon die bloße Erwähnung des Wortes löste ungemütliches Schweigen und bedeutungsvolle Blicke aus. Da es um eine gewöhnliche Seifenfabrik ging, erschien mir das unnatürlich, und bei einem Interview mit dem stellvertretenden Betriebsleiter versuchte ich, der Sache auf den Grund zu gehen. Aber dieses Interview war nicht weniger seltsam: Schon die Vorbereitung hatte mich eine halbe Woche gekostet, Fragen mussten schriftlich zur Genehmigung eingereicht werden, aus dem Industrieministerium kam brieflich und mit amtlicher Unterschrift die Erlaubnis; mehrmals wurde ich ausgefragt und durchsucht. Doch als ich endlich loslegen konnte, weigerte sich der Vize, mir seinen Namen zu nennen oder die Aufzeichnung des Gesprächs zu gestatten. „Jeder Manager, den die Presse erwähnt, wird anschließend angegriffen“, sagte er.

Und als ich fragte, ob die Gesellschaft verkauft werden würde, kam die ausweichende Antwort: „Wenn die Entscheidung von den Beschäftigten abhinge – die sind gegen die Privatisierung; aber wenn es nach denen da oben und der Regierung geht, ist die Privatisierung ein Befehl, und Befehle müssen befolgt werden.“

Ich verließ den Betrieb in dem Gefühl, dass ich jetzt weniger wusste als zuvor. Aber am Werkstor steckte ein junger Sicherheitsmann meinem Übersetzer einen Zettel zu. Er wollte uns nach der Arbeit in einem nahe gelegenen Restaurant treffen, „um herauszufinden, was sich in Sachen Privatisierung tatsächlich abspielt.“ Sein Name war Mahmud, ein 25-jähriger mit ordentlich gestutztem Bart und großen schwarzen Augen. (Zu seiner Sicherheit habe ich den Nachnamen weggelassen.) Seine Geschichte begann im Juli 2003, ein paar Wochen nach Bremers Privatisierungsankündigung. Der Firmenchef wurde auf dem Weg zur Arbeit erschossen. In Presseberichten wurde spekuliert, der Mann sei getötet worden, weil er die Privatisierung des Betriebs unterstützte, aber nach Mahmuds Überzeugung verhielt es sich genau umgekehrt. „Niemals hätte er die Fabriken, wie die Amerikaner wollen, verkauft. Und deshalb haben sie ihn getötet.“

Der Tote wurde durch einen neuen Manager, Mudhfar Jafar, ersetzt. Kaum im Amt, lud Jafar Ministeriumsvertreter ein, um den Verkauf der Seifenfabrik zu erörtern, der die Entlassung von zwei Dritteln ihrer Beschäftigten mit sich bringen würde. Die Konferenz wurde von mehreren Sicherheitsbeamten des Betriebes bewacht. Die hörten genau zu, als Jafar seine Pläne vortrug, und verbreiteten die alarmierenden Neuigkeiten prompt unter ihren Kollegen. „Wir waren schockiert“, erinnerte sich Mahmud. „Wenn Privatleute unsere Gesellschaft kaufen, werden sie als Erstes die Belegschaft verringern, um mehr Geld zu machen. Und uns steht ein hartes Schicksal bevor, denn die Fabrik ist unser einziger Lebensunterhalt.“

Erschreckt über diese Aussicht marschierte eine Gruppe von 17 Arbeitern, Mahmud unter ihnen, in Jafars Büro, um ihn zur Rede zu stellen. „Unglücklicherweise war er nicht da, nur der Stellvertreter, den Sie kennen gelernt haben“, erzählte mir Mahmud. Es kam zu einem Kampf: Einer der Arbeiter schlug den Vize, ein Leibwächter feuerte drei Schüsse auf die Arbeiter ab. Daraufhin griff die Menge den Leibwächter an, nahm ihm seine Pistole ab und, so Mahmud, „versetzte ihm drei Messerstiche in den Rücken. Er lag einen Monat im Krankenhaus.“ Im Januar 2004 gab es sogar noch schlimmere Gewalttätigkeiten. Auf dem Weg zur Arbeit wurden Jafar, der Manager, und sein Sohn angeschossen und schwer verletzt. Mahmud sagte mir, er habe keine Idee, wer hinter dem Anschlag steckte, aber ich begann zu begreifen, warum Fabrikleiter im Irak versuchen, im Hintergrund zu bleiben.

Gegen Ende unseres Treffens fragte ich Mahmud, was passieren würde, falls man die Fabrik trotz der Einwände der Arbeiter verkaufte. „Dann gibt es zwei Möglichkeiten“, sagte er freundlich lächelnd. „Entweder wir werden die Fabrik anzünden und bis auf die Grundmauern abbrennen lassen, oder wir werden uns drinnen in die Luft sprengen. Aber privatisiert wird sie nicht.“

Sollte es jemals einen Augenblick gegeben haben, in dem die Iraker zu verwirrt waren, um Widerstand gegen die Schocktherapie zu leisten, so ist er definitiv vorbei. Die Arbeitsbeziehungen haben sich wie alles andere im Irak zu einem Kampf auf Leben und Tod entwickelt. Die Straßengewalt brandet gegen die Tore der Fabriken und droht diese zu überfluten. Die Arbeiter fürchten den Verlust ihres Jobs wie ein Todesurteil, und die Manager wiederum fürchten sich vor ihren Arbeitern, eine Tatsache, die die Privatisierung entschieden komplizierter macht, als die Neocons voraussahen.⁷

„Nieder mit Amerika!“

Als ich Mahmud verließ, hörte ich, dass vor dem CPA-Hauptquartier eine große Demonstration stattfand. Anhänger des jungen radikalen Geistlichen Muktada al-Sadr protestierten gegen die Schließung ihrer Zeitung „al Hawza“ durch die Militärpolizei. Die CPA beschuldigte „al Hawza“ der Veröffentlichung „unwahrer Artikel“, die „die ernste Gefahr von Gewalttätigkeiten heraufbeschwören“ könnten. Als Beispiel wurde ein Artikel zitiert, der Bremer vorwarf, er „verfolge eine Strategie der Aushungerung des irakischen Volkes, die die Leute mit der Sorge um die Beschaffung ihres täglichen Brotes dermaßen in Atem halten soll, dass sie keine Gelegenheit finden, ihre politischen und individuellen Freiheiten einzufordern.“ Für mich klang das weniger nach Volksverhetzung als nach einer präzisen Zusammenfassung von Milton Friedmans Rezept der Schocktherapie.

Einige Tage vor der Schließung der Zeitung war ich nach Kufa gefahren, um al-Sadr während der Freitagsgebete in seiner Moschee predigen zu hören. Er hatte sich in eine Tirade gegen Bremers gerade unterzeichnete Übergangsverfassung hineingesteigert, die er „ein ungerechtes, terroristisches Dokument“ nannte. Der Tenor seiner Predigt war klar: Großajatollah Ali al-Sistani mochte in Sachen Verfassung nachgegeben haben, aber al-Sadr und seine Anhänger blieben entschlossen, sie zu bekämpfen – und im Erfolgsfall würden sie den ausgeklügelten Plan der Neocons sabotieren, der nächsten irakischen Regierung ihre Gesetzes-„Wunschliste“ aufzudrücken. Die Schließung der Zeitung war Bremers Antwort an al-Sadr: Er würde mit diesem Emporkömmling nicht verhandeln; er würde ihn vielmehr gewaltsam ausschalten.

Als ich bei der Demonstration ankam, wimmelten die Straßen von schwarz gekleideten Männern der bald schon legendären Mahdi-Armee. Mir schoss durch den Kopf, dass Mahmud einer von ihnen sein könnte, wenn er seinen Job als Sicherheitsmann bei der Seifenfabrik verlöre. Denn das ist al-Sadrs Fußvolk: die jungen Männer, die in den großen Irakplänen der Neocons nicht

⁷ In Basra wurden die Zusammenhänge zwischen den Wirtschaftsreformen und der Zunahme des Widerstands besonders deutlich. Im Dezember 2003 verhandelte dort die Gewerkschaft der Ölarbeiter mit dem Ölministerium über eine Lohnerhöhung. Als sich die Gewerkschaft nicht durchsetzen konnte, stellten die Arbeiter das Ministerium vor eine einfache Wahl: Entweder würde man ihre erbärmlichen Löhne erhöhen, oder sie würden sich allesamt dem bewaffneten Widerstand anschließen. Sie erhielten eine spürbare Lohnerhöhung.

vorkommen, die keine Arbeitsgelegenheit finden und in deren Wohngebieten von dem versprochenen Wiederaufbau nicht die Spur zu sehen ist. Bremer hat gegenüber diesen jungen Männern versagt, und überall wo er versagt hat, sucht Moktada al-Sadr geschickt seine Chance. In den schiitischen Slums von Bagdad bis Basra organisiert ein Netz von al-Sadr-Zentren eine Art Schattenaufbau. Durch Spenden finanziert schicken diese Zentren Elektriker los, um die Strom- und Telefonleitungen zu reparieren, bringen die örtliche Müllabfuhr in Gang, beschaffen Notstromaggregate, veranstalten Blutspendeaktionen und regeln den Verkehr, wo die Ampeln nicht funktionieren. Ja, und Milizen organisieren sie auch. Al-Sadr sammelte die wirtschaftlichen Opfer Bremers ein, zog sie schwarz an und gab ihnen rostige Kalaschnikows. Seine Milizionäre schützten Moscheen und Staatsbetriebe, wenn die Besatzungsbehörden dies unterließen, aber in manchen Gebieten gingen sie auch weiter, mit fanatischen Aktionen zur Durchsetzung des islamischen Rechts, der Abfackelung von Läden, die Alkohol verkaufen, und der Terrorisierung unver Schleierter Frauen. Tatsächlich handelt es sich bei dem phänomenalen Aufschwung, den al-Sadr in seiner Version des religiösen Fundamentalismus genommen hat, um einen weiteren Rückstoß der Bremerschen Schocktherapie: Hätte der Wiederaufbau die Iraker mit Jobs, Sicherheit und Dienstleistungen versorgt, hätte al-Sadr sowohl seine Sendung als auch viele seiner Anhänger verloren.

Während al-Sadr in der Grünen Zone „Nieder mit Amerika!“ schrien, geschah in einem anderen Teil des Landes etwas, das alles ändern sollte. In Falludscha wurden vier amerikanische Söldner getötet, deren verkohlte und verstümmelte Leichen wie Siegestrophäen über dem Euphrat baumelten. Dieser Angriff versetzte den Neocons einen vernichtenden Schlag, von dem sie sich nicht wieder erholten. Die Vorstellung, im Irak zu investieren, hatte angesichts solcher Bilder nichts mehr von einem kapitalistischen Traum an sich; eher wirkte sie wie ein wahr gewordener Albtraum.

Evakuierung aus Bagdad

Der Tag, an dem ich Bagdad verließ, war der bis dahin schlimmste. Falludscha wurde belagert, und Brigadegeneral Kimmit drohte, er werde „die al-Mahdi-Armee vernichten“. Im Ergebnis dieser Doppelkampagne wurden an die 2 000 Iraker getötet. Mich setzte man mehrere Meilen vom Flughafen entfernt an einem Kontrollposten ab, wo ich in einen Bus, vollgestopft mit Geschäftsleuten und hastig gepackten Reisetaschen, verfrachtet wurde. Dies war, auch wenn es keiner so nannte, eine Evakuierung: In einer einzigen Woche verließen 1 500 Geschäftsleute den Irak, und einige Regierungen begannen, ihre Staatsbürger auszufliegen. Im Bus sprach niemand; wir alle horchten auf das Mörserfeuer und verdrehten unsere Hälsen nach dem glutroten Widerschein der Brände. Ein Mensch mit einer KPMG-Aktenmappe beschloss, die Stimmung etwas aufzuheitern. „Gibt es eigentlich eine Business Class auf diesem Flug?“ fragte er den schweigenden Bus. Irgendjemand rief von hinten: „Bisher nicht.“

Es dürfte in der Tat noch eine ganze Weile dauern, bis es in Bagdad Business Class gibt. Als wir in Amman landeten, erfuhren wir, dass wir gerade noch rechtzeitig herausgekommen waren. Am gleichen Morgen waren drei japanische Zivilisten entführt worden, und die Geiselnnehmer drohten, sie bei lebendigem Leibe zu verbrennen. Zwei Tage später verschwand Nicholas Berg und ward nicht mehr gesehen, bis der Film von seiner Enthauptung auftauchte – eine noch abschreckendere Botschaft für US-Geschäftsleute als die verkohlten Leichen von Falludscha. Das war der Anfang einer ganzen Welle von Entführungen und Mordanschlägen auf Ausländer, meist Geschäftsleute. Es traf ein buntes Völkerspektrum: Südkoreaner, Italiener, Chinesen, Nepalesen, Pakistani, Philippinos, Türken. Bis Ende Juni wurde der Tod von über 90 Geschäftsleuten im Irak gemeldet. Bei der Entführung von sieben türkischen Geschäftsleuten im Juni verlangten die Kidnapper, dass die „Gesellschaft alle Verträge kündigt und alle Beschäftigten aus dem Irak abzieht“. Viele Versicherungsgesellschaften schlossen keine Lebensversicherungen mit Geschäftsleuten mehr ab, und andere begannen, Prämien in Höhe von 10000 Dollar pro Person und Woche für die Versicherung westlicher Wirtschaftsvertreter zu verlangen – der gleiche Preis, den manche Aufständische angeblich für einen toten Amerikaner zahlen.

Die Organisatoren von DBX, der historischen Bagdader Handelsmesse, beschlossen ihrerseits, in das türkische Ferienparadies Diyarbakir umzuziehen, „gerade mal 250 km von der irakischen Grenze entfernt“. Eine Landschaft wie im Irak, nur ohne diese furchterregenden Iraker. Drei Wochen später tauchten bei einer Konferenz des Handelsministeriums zum Thema Investitionen im Irak in Lansing, Michigan, nicht mehr als 15 Interessenten auf. Gastgeber Mike Rogers, ein Republikaner aus dem Kongress, versuchte die Skepsis seiner Zuhörer mit der Behauptung zu überwinden, der Irak sei nicht anders als „ein etwas unruhiges Viertel irgendwo in Amerika“. Aber die ausländischen Investoren, denen man alle nur erdenklichen Anreize eines freien Marktes offeriert, sind definitiv nicht überzeugt; man sieht immer noch keine Spur von ihnen. Keith Crane, ein hochrangiger Wirtschaftsexperte der Rand Corporation, der für die CPA gearbeitet hat, drückt sich unmissverständlich aus: „Ich glaube nicht, dass die Geschäftsführung eines multinationalen Unternehmens größeren Investitionen in einer solchen Umgebung zustimmen könnte. Es fällt halt schwer, Geschäfte zu machen, wenn die Leute aufeinander schießen.“ Hamid Jassim Khamis, Geschäftsführer der größten zentralirakischen Abfüllfirma für Soft Drinks, sagte mir, dass es ihm nicht gelingt, irgendwelche Investoren zu finden, obwohl er sich die Exklusivrechte für die Pepsi-Produktion in dieser Region sichern konnte. „Eine Menge Leute haben sich dafür interessiert, in die Fabrik zu investieren, aber mittlerweile verhalten sich die Menschen wirklich zögerlich.“ Er könne ihnen keinen Vorwurf daraus machen, meint Khamis; innerhalb von fünf Monaten musste er einen Mordversuch, die Ausraubung seines Autos, zwei am Eingang seiner Fabrik versteckte Bomben und die Entführung seines Sohnes erleben.

Obwohl sie als erste ausländische Bank seit 40 Jahren die Lizenz erhielt, im Irak tätig zu werden, hat HSBC immer noch keine einzige Niederlassung

eröffnet; dabei kann sie das alle eben erst erlangten Rechte kosten. Procter & Gamble hat sein Joint Venture auf Eis gelegt, General Motors ebenfalls. Die US-Finanziers des Starwood-Luxushotels bekamen kalte Füße, und die Siemens AG zog den größten Teil ihres Personals aus dem Irak ab. Die Bagdader Aktienbörse hat ihre Pforten immer noch nicht geöffnet – ja, in der reinen Bargeld-Ökonomie des Irak kann man nicht einmal Kreditkarten benutzen. New Bridge Strategies, die Firma, die im Oktober 2003 getönt hatte, dass „ein Wal-Mart das ganze Land übernehmen könnte“, klingt heute erheblich bescheidener. „McDonald's wird dort in nächster Zeit nicht aufmachen“, sagte Teilhaber Ed Rogers der „Washington Post“. Für Wal-Mart gilt das Gleiche. Die „Financial Times“ verkündete, zum Geschäftemachen sei der Irak „die gefährlichste Gegend der Welt“. Alle Achtung: Mit ihrem Versuch, den weltweit besten Platz fürs Geschäftemachen zu kreieren, haben die Neocons es geschafft, dass er jetzt der schlechteste ist. Bisher wohl das vernichtendste Urteil über die Logik der Markt deregulierung.

Die Gewalttätigkeiten haben nicht nur bewirkt, dass keine Investoren kamen; sie zwangen Bremer, bevor er ging, viele Kernelemente seiner Wirtschaftspolitik aufzugeben. Die Privatisierung der Staatsbetriebe ist vom Tisch; stattdessen wurden mehrere staatliche Unternehmen zum Leasing ausgeschrieben, doch muss der etwaige Investor sich verpflichten, keinen einzigen Beschäftigten zu entlassen. Tausende der Staatsangestellten, die Bremer feuerte, sind wieder angeworben worden, und für den gesamten öffentlichen Sektor gab es spürbare Lohnerhöhungen. Die geplante Abschaffung des Lebensmittelprogramms wurde ebenfalls gestrichen – die Zeiten sind einfach nicht danach, Millionen von Irakern die einzige Nahrungsquelle, auf die sie sich verlassen können, zu verstopfen.

„Die Mutter aller Kehrtwenden“

Den Todesstoß erhielt der neokonservative Traum in den Wochen vor der Regierungsübergabe. Das Weiße Haus und die CPA bemühten sich hektisch darum, dem UN-Sicherheitsrat eine Resolution zur Unterstützung ihres Übergabepplans abzurufen. Sie hatten alles darangesetzt, dem früheren CIA-Agenten Ajad Allawi den Spitzenjob zu verschaffen, ein Schachzug, der garantieren sollte, dass der Irak zuallermindest der Bunkerplatz für US-Truppen werden würde, den Jay Garner ursprünglich ins Auge gefasst hatte. Aber falls in Zukunft relevante Investoren in den Irak kommen sollten, würden sie größere Sicherheiten dafür brauchen, dass Bremers Wirtschaftsgesetze halten. Und dahin führte nur ein Weg: Die Sicherheitsratsresolution musste die Übergangsverfassung absegnen, die Bremers Gesetze für die Amtsdauer der Übergangsregierung festschrieb. Aber wieder erhob al-Sistani Einspruch, diesmal eindeutig. Die Verfassung sei „von der Mehrheit des irakischen Volkes zurückgewiesen“ worden. Am 8. Juni 2004 verabschiedete der Sicherheitsrat einstimmig eine Resolution, die den Übergabepplan billigte, aber die Verfassung in keiner Weise erwähnte. Ungeachtet dieser folgenschweren

Schlappe feierte George W. Bush die Resolution als historischen Sieg, gerade rechtzeitig für ein schönes Wahlkampffoto beim G-8-Gipfel in Georgia.

Seit Bremers Gesetze in der Rumpelkammer landeten, sprechen irakische Minister schon ganz offen darüber, dass sie von der CPA abgeschlossene Verträge brechen könnten. Das Kreditmodell der Citigroup ist mit der Begründung verworfen worden, es stelle einen Missbrauch der irakischen Öleinkünfte dar. Der Kommunikationsminister droht den drei Firmen, die das miserable Mobiltelefonsystem des Landes installiert haben, mit Neuverhandlungen der Verträge. Den mit dem Betrieb des staatlichen Fernsehens beauftragten libanesischen und US-amerikanischen Gesellschaften hat man mitgeteilt, sie könnten ihre Lizenzen verlieren, weil sie nicht irakisch sind. „Wir werden sehen, ob wir den Vertrag ändern können“, sagte Hamid al-Kifaey im Mai. „Diese Leute haben keine Vorstellung vom Irak.“ Die fehlende Rechtsicherheit macht das Land für die meisten Investoren ganz einfach zu riskant.

Auch wenn der irakische Widerstand es geschafft hat, die erste Welle unternehmerischer Stoßtrupps in die Flucht zu schlagen, besteht doch kaum ein Zweifel, dass sie wiederkommen werden. Egal, wie die nächste irakische Regierung aussehen wird – nationalistisch, islamistisch oder marktorientiert –, sie erbt ein darnieder liegendes Land mit einer erdrückenden Schuldenlast. Es werden dann, wie in allen armen Ländern rund um die Welt, Männer in dunkelblauen Anzügen vom IWF an die Tür klopfen, die Kredite und wirtschaftliche Aufschwungsverheißungen mitbringen, immer unter der Voraussetzung, dass die Regierung bestimmte Strukturanpassungen vornimmt, die natürlich anfangs recht schmerzhaft sein werden, aber am Ende das Opfer durchaus lohnen. Tatsächlich hat dieser Prozess schon begonnen: Beim IWF stehen Kredite in Höhe von 2,5 bis 4,25 Mrd. US-Dollar in Aussicht, abhängig von der Einigung über die Konditionen. Nach einer endlosen Folge mutiger Kämpfe und dem Verlust viel zu vieler Menschenleben wird der Irak ein armes Land wie jedes andere werden, mit Politikern, die eine von der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung abgelehnte Politik praktizieren, und all den faulen Kompromissen, die damit einhergehen. Auch im Irak wird der freie Markt Einzug halten, aber der neokonservative Traum von der Umwandlung des Landes in ein marktwirtschaftliches Utopia ist schon gestorben, als Opfer eines größeren Traums – einer zweiten Amtszeit für George W. Bush.

Die historische Ironie der irakischen Katastrophe besteht darin, dass die Schocktherapie-Reformen, von denen man die Auslösung eines Wirtschaftsbooms und den Wiederaufbau des Landes erwartete, stattdessen einen Widerstand entfacht und immer wieder angeheizt haben, der den Wiederaufbau letzten Endes unmöglich machte. Bremers Reformen setzten Kräfte frei, die die Neocons weder vorhergesagt hatten, noch zu kontrollieren hoffen konnten – von bewaffneten Erhebungen in den Fabriken bis zu Zehntausenden arbeitsloser junger Männer, die sich selbst bewaffneten. Diese Kräfte haben das irakische Jahr Null in das spiegelbildliche Gegenteil jener Vision verkehrt, die den Neocons vorschwebte: kein unternehmerisches Utopia, sondern ein dämonisches Dystopia, wo es jemandem, der zu einem ganz gewöhnlichen Geschäftstermin unterwegs ist, passieren kann, dass er

gelyncht, bei lebendigem Leibe verbrannt oder enthauptet wird. Diese Gefahren sind so groß, dass der Weltkapitalismus im Irak – zumindest für den Augenblick – zurückweicht. Den Neocons versetzt diese Entwicklung einen furchtbaren Schock: Ihr ideologisch grundierter Glaube an die Gier war, wie sich herausstellt, stärker als die Gier selbst.

Für die Neocons war der Irak, was Afghanistan für die Taliban war: der eine und einzige Ort auf Erden, wo sie jedermann zwingen konnten, streng nach der allerwörtlichsten, unnachgiebigsten Auslegung ihrer heiligen Texte zu leben. Man sollte meinen, die blutigen Resultate dieses Experiments lösten eine Glaubenskrise aus: Ausgerechnet in dem Land, wo sie absolut freie Hand hatten, wo keine einheimische Regierung sich einmischen (und als Sündenbock herhalten) konnte, wo die Wirtschaftsreformen so schockartig und so komplett eingeführt wurden, wie es nirgendwo sonst denkbar war – ausgerechnet dort hatten sie statt eines Modells freier Marktwirtschaft einen *failed state* geschaffen, in den kein halbwegs klar denkender Investor auch nur einen Fuß setzen würde. Und dennoch werden die Neocons der Grünen Zone und ihre Meister in Washington ihre Glaubenssätze wohl ebenso wenig überdenken, wie die Taliban und ihre Mullahs an Seelenerforschung dachten, als ihr islamischer Staat zur Hölle wurde, zum Hort von Opium und sexueller Sklaverei. Wahre Gläubige schließen, wenn die Tatsachen sie bedrängen, ganz einfach die Augen und beten noch inbrünstiger.

Genau das tat Thomas Foley. Der frühere Chef der Abteilung „Entwicklung des Privatsektors“ verließ den Irak, das Land, das er als „die Mutter aller Kehrtwenden“ beschrieb, um einen anderen Kehrtwenden-Job anzutreten, als Vizechef des Wahlkomitees für George W. Bush in Connecticut. Am 30. April sprach er in Washington vor Unternehmern über geschäftliche Aussichten in Bagdad. Kein guter Tag für aufbauende Reden: Am gleichen Vormittag waren die ersten Fotos aus Abu Ghraib erschienen, darunter das Bild eines Gefangenen mit verhülltem Kopf und elektrischen Drähten an den Händen. Es ging um eine andere Art Schocktherapie, viel wörtlicher zu nehmen als die, an der Foley mitgewirkt hatte, aber es gab durchaus einen Zusammenhang. „Egal, was Sie sehen – es ist nicht so schlimm, wie es scheint“, klärte Foley die versammelten Geschäftsleute auf. „Das müssen Sie mir einfach glauben.“

www.blaetter.de
Die Insel im Internet.

